FileNr:65|id:HB060721392|date:2007-06-21|source:HB|title:Schweden streitet über Milliarden-Einnahmen

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

HELMUT STEUER | STOCKHOLM Fuer den deutschen Finanzminister Peer Steinbrueck waere es ein Luxus-Problem, was seinen schwedischen Amtskollegen Anders Borg umtreibt: Wohin mit den Milliarden-Einnahmen aus der Privatisierung von sechs staatlichen Konzernen? Gestern beschloss das schwedische Parlament mit den Stimmen der buergerlichen Regierungsparteien den Verkauf seiner Beteiligungen am Boersenbetreiber OMX, dem Telekom-Konzern Telia Sonera, dem Spirituosenhersteller Vin & Sprit, der Bank Nordea, der Immobiliengesellschaft Vasakronan und der Hypothekenbank SBAB.

Die sechs Beteiligungen sollen noch in der jetzigen Legislaturperiode bis 2010 veraeussert werden. Experten rechnen mit Einnahmen von rund 200 Mrd. Kronen (21,5 Mrd. Euro). Doch statt Freude ueber die willkommene Finanzspritze ist in Schweden eine hitzige Diskussion ueber die Verwendung der Gelder ausgebrochen.

Der fuer die Privatisierungen zustaendige Finanzmarkt-Minister Mats Odell hat klare Vorstellungen und will mit den Mitteln die Staatsverschuldung von derzeit etwa 1 200 Mrd. Kronen weiter abbauen. Damit koennte der schwedische Staat jaehrlich rund acht Mrd. Kronen an Zinszahlungen einsparen. Diese Minderausgaben duerfen zwar nach der Verfassung nicht zweckgebunden werden, doch Odell haelt mittelfristig Investitionen in Infrastrukturprojekte wie den Ausbau des Bahn- und Strassennetzes fuer denkbar. "Allerdings sehen wir in einigen Bereichen der Wirtschaft Ueberhitzungstendenzen", sagte er und will deshalb mit den Infrastrukturinvestitionen warten bis sich die Konjunktur etwas abgekuehlt.

Lars Calmfors, angesehener Professor fuer Oekonomie an der Universitaet in Stockholm, haelt von den vagen Investitionsplaenen der buergerlichen Regierungskoalition nichts. Er schlaegt ein Vorgehen wie in Norwegen vor, wo die Regierung bereits vor zehn Jahren staatliche Einnahmen aus der Oel- und Gasfoerderung in einen speziellen Fonds angelegt hat. Dieser Fonds, mittlerweile der zweitgroesste Pensionsfonds der Welt, investiert in grosse Unternehmen und soll den Wohlfahrtsstaat auch fuer kommende Generationen sichern, wenn die Oelquellen laengst versiegt sind. Seiner Auffassung nach braechte ein solcher Fonds eine bessere Rendite als die reine Amortisierung der Staatsschulden.

Odell stimmt nicht mit Calmfors ueberein und verweist immer wieder auf die OECD, die gerade bei Schweden eine Verringerung der Staatsverschuldung mehrfach angemahnt hat. Obwohl die fruehere sozialdemokratische Regierung bereits mit dem Ausverkauf der staatlichen Konzerne begonnen hat, ist sie jetzt ausser sich. Der fruehere Steuerminister Tomas Oestros bezeichnet die Privatisierung als rein "ideologisch!" motiviert. "Der Staat kann ein guter Eigner sein", ist er weiterhin ueberzeugt. Ganz anderer Meinung ist der Chefvolkswirt des schwedischen Think Tanks Timbro, Dick Kling. Er schlaegt die Austeilung der Aktien an den Staatsunternehmen an die Bevoelkerung vor. Kling meint, dass durch die Ausschuettung das Vermoegen der Privathaushalte wachsen wuerde - und damit auch die Bereitschaft zu mehr Mobilitaet. Das ist seiner Meinung fuer einen funktionierenden Arbeitsmarkt notwendig. Einen detaillierten Zeitplan fuer den Verkauf der staatlichen Anteile gibt es noch nicht, insofern hat Minister Odell noch ein Zeit, sein Luxusproblem zu loesen. Die Waehler halten uebrigens nichts von den Privatisierungsvorhaben: Jeder zweite ist nach einer neuen Umfrage gegen den Ausverkauf....